

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 180 Pf., jährlich 360 Pf. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 20. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Briand bei Mayer.

Am 18. d. M. abends hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Mayer, aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen.

Briands Regierungserklärung.

Paris, 20. Januar. (Holländisch Neuwureau.) Briand wird heute der Kammer und Donnerstag dem Senat folgende Regierungserklärung abgeben.

Die Erklärung geht dann auf die finanzielle Frage über, die von der Schadenersatzfrage beherrscht wird und stellt fest, daß die Regierung an der Durchführung des Friedensvertrages festhalte, ohne ihre Zusage zu Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu nehmen.

Das weitere Regierungsprogramm enthält dann die Betonung der Notwendigkeit, die Bündnisse hochzuhalten, die auf den Schlachtfeldern geschlossen wurden und geht auf diese Bündnispolitik ein.

„Matin“ glaubt zu wissen, wie Briand sich gegenüber dem Schadenersatz stellen wird. Die Reparationskommission scheint zu einer Gesamtschätzung von 400 Milliarden Franken gekommen zu sein.

Wiedergutmachung: 2 Millionen Tonnen Schiffe.

Paris, 20. Januar. (Havas.) Bis zum 31. Dezember sind der Reparationskommission von Deutschland insgesamt geliefert worden: 2 054 729 Brutto-Registertonnen Schiffe.

Sozialisierung und Bergarbeiter.

Wir berichteten eingehend über den Verlauf und die Beschlüsse der Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertretungen des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Aus dieser Debatte ist zur Widerlegung bürgerlicher Prestigeklappen die Wiedergabe einiger Einzelheiten notwendig. Zum größten Teil waren die Redner zur Sozialisierungsfrage launisch, deren Annahme eine mehrstündige Debatte vorausging.

Der oberschlesische Abstimmungskampf.

Zeitungsverbote und Ausweisungen.

Nachdem die Interalliierte Kommission in Oppeln vor einigen Tagen den „Oberschlesischen Kurier“ verboten hatte, hat sie nunmehr auch das Erscheinen der „Kattowitzer Zeitung“ und des „Königsbäcker Tagesblattes“ für acht Tage untersagt.

Italienischer Sozialistenkongress.

Rom, 20. Januar. (U.) Die Mehrheit des Sozialistenkongresses von Livorno hat sich gegen die extremistischen Methoden ausgesprochen.

Zürich, 20. Januar. (U.) Die Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz über den Beitritt zur 3. Internationale ergab bei sehr geringer Beteiligung 10 303 Stimmen gegen und 3303 Stimmen für den Anschluß.

Kopps Abberufung.

Zu der Nachricht der Telegraphen-Union, Kopp sei als Vertreter Sowjetrusslands von der Sowjetregierung abberufen worden, meldet die „Kölnische Volkszeitung“ nach Rostau bezogen worden.

Meisterstück und Meisterschuld.

Des dunklen Kapitels zweiter Teil.

Von Eduard Bernstein.

„Ein Meisterstück Deutschlands“ soll die Rückbeförderung der Lenin und Genossen nach Rußland und ihre Ausstattung mit mehr als fünfzig Millionen Mark für das Werk der Befreiung der russischen Armee und die Organisation revolutionärer Garden gegen die Kerenski-Regierung gewesen sein.

Unser Konsul in der Türkei und Indien, Argentin usw. müssen die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verhasste, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Zustand entflammen.

Dies in einem Augenblick, wo es noch ganz bei Wilhelm II. lag, ob überhaupt Krieg sein sollte oder nicht! Und am 3. August 1914 schreibt der Chef des Generalstabs Graf Moltke in einer Denkschrift an das Auswärtige Amt:

Die Insurrektion Bolens ist eingeleitet. . . . Von höchster Wichtigkeit ist, wie ich schon in meinem Schreiben vom 2. d. Mts. ausführte, die Insurrektion von Indien und Ägypten, auch im Kaukasus.

Einsprechend kann ich das durch eine kleine Erinnerung ergänzen. Anfang September 1914 waren eines Tages Karl Kautsky und ich bei Hugo Haase zu Besuch. Wir konnten Haase nicht gleich sprechen, ein Vertreter des Marineamts hatte ihn, der damals noch Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion war und für die am 4. August die bekannte Erklärung über die Kriegskredite verlesen hatte, in seinem Bureau aufgesucht.

Lassen wir jedoch, soweit der Krieg in Frage kam, die Frage beiseite, ob es für das Mittel der Brandstiftung in des Gegners Land nicht doch noch ethische Grenzen gibt.

Leuten von Gesinnung, deren man sich als Vermittler in dieser Sache bediente, ward gesagt, es handle sich darum, dem fürchtbaren Blutvergießen ein möglichst schnelles Ende zu machen, die Entente zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens zu zwingen.

Warum nicht? Die Aufhellung dieser Frage ist der Untersuchung wert.

Wir sind im Jahre 1917. Im Reichstag haben sich Mehrheitssozialisten, Zentrum und Fortschrittler zur Koalition für einen Verständigungsfrieden zusammengefunden. Hätte die deutsche Reichsregierung damals die von jenen am 19. Juli zur Abstimmung gebrachte Friedensresolution rückhaltlos angenommen — und es war ihr wahrhaftig leicht gemacht worden, sie zu akzeptieren —, so wäre es den Ententeregierungen schwer geworden, den Krieg noch lange fortzusetzen.

von Meutereien in der französischen Armee, die jene Vermürbung der deutschen Armes, der Ludendorff seine Niederlage auf Rechnung stellen will, weit hinter sich läßt. In 16 Armeekorps brachen gleichzeitig Soldatenaufstände aus. In einem davon läßt ein ganzes Regiment, das in die erste Linie rücken soll, dem Obersten sagen, daß die Mannschaften dem Gehorsam verweigern. „Wir haben genug vom Krieg, mit dem Krieg muß Schluss gemacht werden“, ertönt es bald hier, bald dort auf Seiten der Soldaten. Die Engländer hatten bei ihren Sturmläufen gegen die deutsche Front 400 000 Mann verloren und keinen Ersatz dafür in ihren Mannschafstdepots. „Ende des Jahres“, heißt es bei Pierrefeu, „war das Mannschafstreservoir leer, und Franzosen und Engländer waren mit ihren Truppen zu Ende. Die Deutschen hingegen verfügten auf ihrer Westfront und Ostfront zusammen über 256 Divisionen, denen wir zusammen mit den Engländern nur 200 entgegenstellen konnten.“

Die Bolschewisten hatten dem kaiserlichen Deutschland gegenüber ihre Schuldigkeit getan. Nehmlich wie Pierrefeu schildert der französische General Buat in seinem ausschließlich die militärischen Kämpfe und Bewegungen behandelnden Buch über Ludendorff die Kriegslage zu Ende 1917. „Nach diesem doppelten Feldzug“, liest man da, „war der von Deutschland erzielte Vorteil ein beträchtlicher. Ohne abzuwarten, daß das sich zerfallende russische Heer einen Waffenstillstand anstrebte, konnte man die Truppenverschiebungen von dem Osten nach dem Westen hin beginnen lassen. Gegen Ende November begannen die Züge ohne Unterbrechung mehr als die Hälfte der 80 deutschen Divisionen nach Frankreich abzutransportieren, die Deutschland in Russland unterhielt.“ (General Buat, Ludendorff, S. 205.) Die amerikanischen Transporte hatten aber kaum erst angefangen und sahen noch sehr bescheiden aus.

Im französischen Hauptquartier erwartete man denn auch, daß Deutschland diese günstige Lage benutzen werde, Frieden zu machen. „Viele Offiziere dachten“, schreibt Pierrefeu, „daß der Feind jetzt, wo Russland ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, eine zu schöne Gelegenheit zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens hatte, um sie nicht auszunutzen. Mit Rücksicht auf seine Überlegenheit in diesem Augenblick konnte niemand ihn anerkennen, daß er den Frieden aus Schwäche suchte. . . . Wenn Deutschland eine Regierung gehabt hätte, die diesen Namen verdient hätte — es hätte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den Krieg in Schönheit zu enden.“

Aber diese Regierung war nicht da. Es behielten die Offiziere im dritten Bureau des französischen Hauptquartiers Recht, die da sagten: „Die Deutschen werden angreifen. Sie sind vor allem Militärs, und die Militärs führen alles in Deutschland. Niemals wird ein Militär, der eine solche Kriegsmacht in Händen hat, dem widerstehen, sich ihrer zu bedienen.“

Und so geschah es, so ward ein weiteres Jahr Krieg geführt, wurden weitere Hunderttausende hingebracht, bis — das Blatt sich gewendet hätte, und Deutschland militärisch am Boden lag.

Wie das gekommen war, weiß man. Die Militärs, voran Ludendorff, hatten die Friedensresolution des Reichstags sabotiert, sie hatten mit Hilfe der Parteien, die sich heute Rostpartei nennen und sich mit dem Beinamen „national“ schmücken, Bethmann Hollweg gestürzt, weil er der Friedensresolution nicht scharf genug entgegentrat. Sie überzeugten durch ihr ganzes Verhalten, darunter ihr Ausreten in Brest-Litowsk, die Völker auf der Gegenseite, daß mit Deutschland kein erträglicher Friede zu erreichen sei, solange der deutsche Militarismus nicht aufs Haupt geschlagen war.

So war ihr Handel mit den Bolschewisten, auch wenn er für den Augenblick vom imperialistischen Standpunkt aus ein „Meisterstück“ war, durch ihre eigene Schuld für Deutschland ein verderbliches Geschäft. Die günstige Position, in die er sie brachte, war für sie nur der Anlaß, es zu machen, wie der Hund in der Fabel, der mit dem guten Willen im Maul nach

dem scheinbar größeren im Wasser schnappt und dadurch des ersteren verlustig geht, ohne den letzteren zu erhaschen. Aus dem Meisterstück ward eine Meisterschuld am deutschen Volke.

Das kann nicht scharf genug betont werden in diesen Tagen, wo die Schuldigen und ihre Mitschuldigen sich anmaßender als je gebärden und die beispiellose Kühnheit haben, die Verantwortung für all das Elend, das ihre verbrecherische Politik dem deutschen Volke aufgeladen hat, denen zuschieben zu wollen, ohne deren entschlossenes Ergreifen des Steuerruders im Augenblick, wo dank des Treibens jener das Staatsschiff vollends in Trümmer zu gehen drohte, das Elend noch unendlich größer geworden wäre.

„Wenn Deutschland eine Regierung gehabt hätte, die diesen Namen verdiente“ — dieses Wort sollte sich jeder Deutsche merken. Warum hatte es diese Regierung nicht? Ein Vorgang, der sich noch vor 1917 abspielte, mag es beleuchten. Eines Tages kam ein sehr hervorragender, Weltkriegsgenießer Politiker eines mit Deutschland verbündeten Staates nach Berlin, um mit hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten über die Möglichkeiten einer diplomatischen Aktion für den Frieden zu verhandeln, zu der ihn von früher her bestehende Verbindungen mit Staatsmännern auf der Gegenseite als geeignet erscheinen ließen. Der Herr, den bei diesem Anlaß auch ich zu sprechen Gelegenheit hatte, fragte also nach den Friedensbedingungen, die er jenen in Aussicht stellen könnte. Da ward ihm von einer Persönlichkeit, die noch zu den vernünftigen in den oberen Regionen gehörte, ein Programm von Forderungen entwickelt, das ihn entsetzen machte. „Aber das ist kein Verständigungsprogramm, sondern das Diktat eines Siegers“, wandte er ein, und was erhielt er zur Antwort: „Mit weniger kann Seine Majestät nicht vor das deutsche Volk treten.“

Das gibt die Erklärung, warum das deutsche Volk verbluten mußte. Durch die ganze Vorgeschichte und Geschichte des Krieges zieht sich als unheilvollster Faktor die Rücksicht auf die Wahndee von dem besonderen Ehrenlober „Seiner Majestät“.

Die von mir an die Öffentlichkeit gebrachte Tatsache, daß Lenin und Genossen 1917 zur Förderung ihrer Aktion aus dem Fonds des kaiserlichen Deutschland mehr als fünfzig Millionen Goldmark erhalten haben, hat mir von Seiten der „Roten Fahne“ eine Drohnote eingetragen. Sie fordert mich auf, die Namen meiner Informanten zu nennen, damit sie diesen „gewissenlosen Verleumdern“ die Möglichkeit gebe, vor einem Gericht ihre Behauptungen zu beweisen. Und als gelehrige Schülerin Moskows schreibt sie in dessen holdem Ton:

„Sollte Herr Eduard Bernstein dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so werden wir ihn nicht nur einen alten Trottel, sondern einen schamlosen Verleumder öffentlich nennen, und wir werden dafür sorgen, daß Herr Eduard Bernstein nirgends öffentlich zu Worte gelangt, ohne daß ihm der Vorwurf der schamlosen und gewissenlosen Verleumdung an den Kopf fliegt. Wenn Herr Eduard Bernstein glauben sollte, daß Lenin in Deutschland vogelfrei ist, dann wird er bald an seinem eigenen Leibe zu erkennen haben, daß er sich getriert hat. Einmalen hoffen wir noch, daß Bernstein nur eine alte gefestete Klatschbabe ist, und daß er seine Zeugen nennen wird. Also wir warten.“

Meine Erwiderung kann sehr kurz sein. Sie ist durch den Schluß meines zitierten Artikels deutlich genug angezeigt. Er lautet:

„Auch im Hinblick auf das, was die Internationale war und heute sein könnte, ist zu fordern, daß in das Dunkel des Vorgangs von 1917 gründlich hineingeleuchtet werde.“

Aber nur keine Umwege. Wie ich nach stets zu meinem Worte gestanden habe, so selbstverständlich auch in diesem Falle. Nun bin indes doch ich als der Verfasser des Artikels zunächst haftbar für das in ihm Behauptete, und ich bin durchaus bereit, vor Gericht es zu vertreten. Die „Rote Fahne“ hat also nicht nötig, ihre Lärm- und Knüttelgarden gegen mich in Bewegung zu setzen. Erhebe sie Klage gegen mich oder veranlasse sie einen legalen Vertreter Lenins es zu tun, sie kann sicher sein, daß ich mein Bestes dafür einsetze werde, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich einer erschöpfenden Untersuchung des Falles in den Weg stellen sollten.

Der Beschauer soll nicht um die Plastik herumgehen, aber er braucht auch nicht um sie herumzugehen. Der Beschauer genießt von einem einzigen Punkt aus alle die plastischen Eindrücke in ein heitliches Zusammenhänge, die er bei einem weniger gefestigten gestalteten Werk nur im Herumgehen nacheinander und getrennt voneinander in sich aufnehmen könnte.

Dieses „Kollektive“ sagt nicht nur der Kunst Hildebrands und seiner Schüler zugrunde, sondern es ist auch der Schlüssel zum Verständnis der gesamten klassischen antiken Plastik. Zahlreiche anatomische Unmöglichkeiten und andere Abweichungen von der äußeren Naturwahrheit, die wir an griechischen Bildhauerarbeiten, z. B. der Venus von Milo und der Niobidengruppe, beobachten können, sind eine notwendige Folge der strengen Reiteranschauung. Der griechische Künstler trug kein Bedenken, die Natur im einzelnen frei umzugestalten, damit in der Gesamtwirkung seines Wertes alle plastischen Formen dem Beschauer um so deutlicher, klarer und eindringlicher vor Augen treten.

Gerade in unserer Zeit, wo das Verständnis für bildhauerisches Schaffen im großen Publikum fast ganz erloschen ist, erscheint es gut und nützlich, an das Buch des alten Hildebrand zu erinnern. Seine Vektüre ist nicht gerade leicht, aber da es keinerlei Fachkenntnisse voraussetzt, so kann jeder zum Verständnis dieser grundlegenden Lehren gelangen.

Aufbau. Draußen, wo die Bahnstränge hart hinan ans Wasser gehen, pulst das Leben nun allgemach fast wieder so stark, wie in alten Tagen. Es ist als ob Dinge, die man jahrelang nur in einzelnen Säulen geschaut, nun wieder in größeren Massen sich häufen: achobelte Hölzer, Rahmentische, Drahtgeschle, Steinmauerarbeiten, Baustoffe. Aus dem Inlande heraus trägt die Bahn ihr Werte um Werte zusammen. Schiffe stehen bereit, in ihren Kiefernleibern all das aufzunehmen, was die Bahnhöfe hier zusammentragen. Deutschland ist nicht mehr das flechte, halbrote Land, dessen Wirtschaftspulschläge kaum vernehmbar sind. Die Produktion hebt sich zulehends. Und die Hoffnung auf Besserung steigt höher und höher.

In Dunst und Rauch ist der Umsegeplach dieses kleinen Innenlandhafens gehüllt. In das Frauchen der Lokomotiven rattert das Rauschen der Räder, Schiffschloten, die ans Ufer heranströben, pulsten schwärzlich. Eine sich ständig durcheinander wühlende Menschenmenge flutet unaufhaltsam zwischen Schienenstrang und Flußufer. Ueber Bretter, die als Laufbrücken vom Land zum Schiffsbau dienen, springt und eilt das geschäftige Menschenvolk. Ein aufgeregtes Schreien summt. Baute fließen übergeben das Schreien. Ein Pfiff schallt auf. Die Wasser des Flusses glücken vornehmlich an die gemauerte Wand des Flußbettes. Rächliche Lastwagen knarren heran. Mit Häh und Hott werden schwerfällige Güter angetrieben. Staub und Rauch umquirlt das ganze, lebendige Bild mit einem grauen Nebel. Alle Konturen verlieren sich in einander. Nur größere oder kleinere dunkle Flecken heben sich von dem mäßigen Hintergrunde ab. Manchmal gelingt es der müden Winterjonne, für einen Augenblick dieses Bild rostiger Arbeit zu umgöben. Dann ist es, wie das Bauen eines Kuges, an dessen Wimpern noch die Tränen hängen. Dann ist es, wie jubelnde Gewissheit, daß es mit der Heimat wieder aufwärts und vorwärts geht.

Die Industrie schmiert!

Folgendes Zirkular flattert uns auf den Tisch, aus dem deutlich zu ersehen ist, woher die Wahlgelder der bürgerlichen Parteien für den preussischen Wahlkampf fließen:

Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds.
Geschäftsstelle: Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 25.
Fernsprecher: Amt Hland 1174, Bankkonto Diskontogesellschaft in Berlin, Unter den Linden 35. Vorsitzender: Justizrat W. Mayer, Geschäftsführer: A. Flathmann.
Berlin-Wilmersdorf, 8. Dezember 1920.

Einschreiben!

(Adressat.)

Für die preussischen Landtagswahlen ist nunmehr der 20. Februar 1921 bestimmt worden. Von dem Ausfall dieser Wahlen hängt es ab, ob wir in Preußen eine neue, bessere Regierung und Verwaltung erhalten werden, oder ob die jetzige Mißwirtschaft weiterbestehen bleibt.

Ueber die so außerordentliche Bedeutung der diesmaligen Landtagswahlen ist man sich anscheinend noch nicht in allen Kreisen der bürgerlichen Wählerschaft völlig klar.

Die gegenwärtige preussische Regierung setzt sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 2 Zentrumsmännern, und zwar haben die Sozialdemokraten nicht nur die 4 wichtigsten Ministerposten (Finanzen, Finanzen, Kultus und Landwirtschaft) besetzt, sondern auch das Ministerpräsidentenamt, so daß selbst bei Stimmengleichheit die Entscheidung auf sozialdemokratischer Seite (beim Ministerpräsidenten) liegt. Das ist gegenüber dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen ein ganz unerträglicher Zustand, zumal bekanntlich die Ausführung der Reichsregierung Sache der Einzelstaaten ist.

Auch der Industrie kann es nicht gleichgültig sein, ob die Besetzung von Regierungsstellen, mit denen die Industrie in erster Linie zu arbeiten hat, weiterhin in der Hand eines sozialdemokratischen Ministers des Inneren liegt.

Es gilt jetzt, die Bauern und Gleichgültigen in den bürgerlichen Reihen auszurütteln, daß sie am Wahltag ihrer Wahlpflicht gedenken. Bei den kürzlichen Landtagswahlen in Sachsen ist leider die Wahlbeteiligung im Durchschnitt nur etwa 60 Proz. gewesen; hätte sie diejenigen der letzten Reichstagswahlen entsprochen, würde die Niederlage der gesamten Sozialdemokratie eine noch viel größere gewesen sein. Eine solche Laubheit und Wahlmüdigkeit darf sich bei den bevorstehenden preussischen Wahlen nicht wieder zeigen, wenn aus ihnen eine starke, dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens günstige Regierung hervorgehen soll.

Die Agitation zum Zwecke der Aufrüttelung der gleichgültigen und lässigen Wählerschaft erfordert unter den heutigen Verhältnissen ganz erhebliche Geldmittel, die in den meisten Fällen von den politischen Organisationen nicht beschafft werden können. Wir wenden uns daher im Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens pflügend wiederholt an die Industrie mit der dringenden Bitte, durch Zuwendung reichlicher Beiträge jetzt mitzuhelfen, daß in Preußen und damit letzten Endes in ganz Deutschland in Regierung und Verwaltung bessere Verhältnisse angebahnt werden.

Unter Hinweis auf die bei den letzten Reichstagswahlen für die Industrie erzielten Erfolge bitten wir Sie dringend, mit Ihrer Beitragsleistung nicht zögern zu wollen, damit wir in der Lage sind, an allen Stellen, wo es nötig erscheint, unterstützend und helfend einzugreifen.

W. Mayer. A. Flathmann.

Mit erfreulicher Deutlichkeit beschneigt dieses Zirkular den bürgerlichen Parteien, daß sie ganz im Interesse des Arbeitgebertums wirken, während es andererseits erkennen läßt, wie sehr gerade die sozialdemokratischen Minister von dem profitgierigen Unternehmertum als Vorkämpfer seiner Ausbeutungstendenzen gehäht und gefährdet werden. Was aber das Geld der Industrie für die Bürgerlichen bewirkt soll, das sollte allein die Vektüre dieses Schreibens für die Arbeiter bernerstellen: sie aufzurütteln und anspornen, auch den letzten Arbeiter an die Wahlurne zu bringen, damit die von den Industriellen so heftig beschuldete Regierung sozialdemokratischer Minister am 20. Februar nicht nur erhalten bleibt, sondern womöglich noch gestärkt wird.

Die klassische Plastik.

Von Dr. John Schilowski.

Der in diesen Tagen verstorbene Bildhauer Adolf Hildebrand, dessen künstlerische Eigenart hier bereits kurz gewürdigt wurde, ist nicht nur als Schöpfer, sondern auch als Theoretiker von Bedeutung gewesen. Sein Buch „Das Problem der Form in der bildenden Kunst“ hat zahlreiche Plastik, Maser und Kunstgewerber unserer Zeit beeinflusst und namentlich dem bildhauerischen Schaffen viel Licht und Richtung gegeben.

Daß die Grundzüge und Lehren dieses Buches keine allgemeinen und keine ewigen Wahrheiten enthalten, ist selbstverständlich. Denn Wahrheiten, die für alle Verhältnisse und alle Zeiten gültig sind, gibt es in der Kunst nicht. Der unergänzliche Wert der Hildebrand'schen Theorien liegt aber darin, daß sie den Geist und das Wollen der klassischen antiken Plastik in klarer und schärfer Form zum Ausdruck bringen. Und da die antike, namentlich die griechische Plastik in ihrer Art einen absoluten Höhepunkt alles künstlerischen Schaffens bedeutet, so ist es auch für unsere anders gerichtete Zeit lehrreich, einen orientierenden Blick auf Hildebrands Kunstanschauung zu werfen.

Nach Hildebrand ist die Plastik aus der Zeichnung entstanden, indem diese durch Vertiefung zum Relief führte. Die erst später sich entwickelnde Rundplastik erwuchs dagegen aus der Architektur, indem man den Säulen und Würfeln eines Bauwerks die Formen von Menschen, Tieren, Pflanzen und dergleichen gab. Bei dieser Umwandlung blieben aber die ursprünglichen Formen der Säule, des Würfels usw. immer bis zu einem gewissen Grade erhalten, so daß z. B. eine aufrechtstehende menschliche Figur deutlich als Säule, eine liegende als rechteckiger Würfel wirkte. Der Künstler ließ also in jeder plastischen Gestalt immer zugleich den regelmäßigen architektonischen Steinblock mitsprechen.

Als dann im Laufe der Entwicklung die Plastik sich von der Architektur frei machte, fiel auch der Zwang der geschlossenen, regelmäßigen Gestaltform fort. Und zugleich verloren die Plastiken den letzten Nag, den sie als Glieder eines Bauwerks gehabt hatten. Sie wurden zu freistehenden Statuen, um die man herumgehen und die man von allen Seiten betrachten konnte. Der Bildhauer sah sich also vor die doppelte Aufgabe gestellt, erstens ein einheitliches Geſch zu finden, nach dem er den unregelmäßigen natürlichen Steinblock künstlerisch formen konnte, und zweitens ein Mittel zu finden, um dem Beschauer den Standpunkt zu kennzeichnen, von dem das Kunstwerk betrachtet werden mußte. Denn nur von einer Hauptansicht aus konnte es die vom Künstler beabsichtigte Wirkung voll ausüben.

Der Bildhauer löste diese doppelte Aufgabe, indem er zur ältesten Form der Plastik, zum Relief, zurückkehrte. Er sagte sich: Wie die Zeichnung durch Vertiefung zum Relief wurde, so muß das Relief durch weitere Vertiefung zur freistehenden Rundplastik werden. Diese Art des bildhauerischen Schaffens hat zur Folge, daß die Höhe, Statue oder Gruppe nur von einem Punkt aus richtig gesehen werden kann, daß sie aber von diesem Punkt aus in allen ihren Teilen deutlich erkennbar wird. Der

Das Land der blauen Frauen. Von einem Land, in dem die dickste Frau die schönste ist, erzählt der englische Reisende John Roscoe, der kürzlich die noch wenig bekannten Stämme Ostafrikas und besonders auch Deutsch-Ostafrikas besucht hat, in einem Vortrag. In diesem Lande leben die Leute fast nur von Milch und halten riesige Rinderherden. Ein Bauer, der nur 100 Kühe hat, gilt als arm und kann sich nicht den Luxus einer eigenen Frau leisten. Er muß sich mit zwei oder drei anderen Bauern zusammenschließen, die dann gemeinsam eine Frau halten, denn mit 100 Kühen hat man nicht genug Milch, um eine Frau davon zu ernähren und „schön“ zu machen. Die Schönheit besteht nämlich in der Dicke. „Je dicker die Frauen sind, desto höher werden sie geschätzt und desto mehr werden sie bewundert“, erzählt Roscoe. „Als ich zum erstenmal eine Prinzessin besuchte, sah ich mich einer Dame gegenüber, die nicht durch ihre Tür gehen konnte, um mich zu begrüßen.“ Es ist in diesem Lande ein teures Vergnügen, wenn man eine Frau richtig „ernähren“ will. Aber auch bei anderen Stämmen Ostafrikas macht sich in dieser Hinsicht die allgemeine Preissteigerung bemerkbar. Der Reisende teilte mit, daß in der letzten Zeit die Frauen viel teurer geworden sind: „Ich fand, daß in den Gegenden, wo früher eine gute kräftige, großgewachsene Frau für vier Speere zu bekommen war, man jetzt acht Speere anlegen mußte, wenn man eine tüchtige Gattin erhalten wollte.“

Die „Volkshöhle Groß-Hamburg“ ist am Montag in den Sommerpielen und im Schiller-Theater feierlich eröffnet worden. In enger Verbindung mit dem Bildungsausschuss der Hamburg-Altonaer Arbeiterkammer ist die Volkshöhle als Vereinigung von circa 15 Kunst- und Bildungsvereinigungen und -organisationen sowie unter Mitwirkung zahlreicher Theaterdirektoren ins Leben getreten und hat sich sofort ein großzügiges Arbeitsgebiet vorgenommen. Außer Vorstellungen in fast sämtlichen Theatern Groß-Hamburgs (für das 1. Quart. sind vorgegeben „Camont“, „Sommerholm“, „Kollektion Crampton“, „Hamlet“ und „Sommertraum“) finden Vorträge durch die Hamburger Kunstbühne statt, Konzerte, Lichtbildvorträge, Rezitationsabende, Einführungsveranstaltungen, Märchenabende und ähnliches. Jede Theateraufführung kostet 4 M., der Eintritt zu den Vortragsabenden usw. 60 Pf. Die Beteiligung, besonders aus der arbeitenden Bevölkerung, ist eine starke.

Kunstchronik. In der Kunsthandlung Rich Gurlitt werden vom 22. d. M. ab Gemälde, Zeichnungen und Grafiken von Richard Seemald ausgestellt. Gleichzeitig findet eine Ausstellung Sächsischer und sächsischer Plastiken und Geräte statt.

Das Straßburger Stadttheater wird als Bühnenbetrieb aufgenommen. Grund dazu ist das große Verfall in den ersten drei Monaten des diesjährigen Spielzeit, das fast 194 000 M. betrug. Der Autendanz und dem Personal soll von der Stadt sofort getilgt werden. Und damit Verichtigung. Der Theaterbericht des Mittwoch-Abendblattes ist durch folgende Druckfehler unklar geworden, von denen die Klammern berichtigt sind: Richt Tanquallen, sondern Totentanzgruppen wurden auf der Provinzbühne der „Lübne“ gezeigt. Richt die Gemebedären, sondern die Gemebedären des Gesamtministeriums üßen sich. Dort tüßen die Dinge sich nicht, die hohen sich. Richt für Sächsischen, sondern für Sächsischen spielt endlich die Zwergengruppe besonders geeignet.

Aufruf gegen sich selber.

Die „Rote Fahne“ erscheint mit einem Spitzenausruf: „Proletariat, auf nach Kampfe gegen die Zertrümmerer eurer Kampffront!“ In dem Aufruf heißt es:

Hinaus mit den Zerstückelern der Verbände! Zum Teufel mit denen, die den Banderkampf unter uns Proletariat entfesseln, statt uns zusammenzuführen gegen Not und Elend. Arbeiter! macht diese Anschläge schnell zunichte!

Wir finden es sehr nett von den Kommunisten, daß sie sich selbst zum Teufel wünschen. Da wir aber im Gegensatz zur „Roten Fahne“ von der Existenz des „Reichstages“ noch nicht ganz überzeugt sind, so appellieren wir weniger an diesen als an die Arbeiter selber, sich getreu dem Aufruf der „Roten Fahne“ schleunigst dazusetzen, die den Bruderkampf im Proletariat entfesseln haben, nämlich der kommunistischen Hezer aller Richtungen.

Revolver-„Post“.

Ganz und gar zur Revolverjournalistik übergegangen ist die Deutschnational-Industrielle „Post“. Sie bereichert das reaktionäre Verleumdungsorgan um folgenden anmutigen Trick: Ueber den Stadtschulrat Paulsen wird eine lange gruselige Geschichte erzählt, in der dieser als kompletter Idiot erscheint. Erst ganz am Schluss steht der erstaunte und entrüstete Leser auf folgende, geschämig verfaßte Bemerkung:

Mag diese Geschichte nun wahr sein — mag sie es nicht. Man sieht jedenfalls, welche seltsame Dinge Herrn Paulsen zugekraut werden.

Auf deutsch: die ganze Geschichte war erlogen, die „Post“ verbreitet sie wider besseres Wissen, um am Schluss zu triumphieren: Seht, es ist zwar nicht wahr, aber — es wird ihm zugekraut! Deutscher kann das reaktionäre Klatsch- und Verleumdungswerbe seine eigene Niedrigkeit nicht charakterisieren. Was wir nach solchen Proben der „Post“ und ihresgleichen zutrauen, das zu sagen verbietet leider die allgemeine europäische Höflichkeit.

Arbeiterjugend-Internationale.

Hamburg, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) In Hamburg trat am Dienstag eine internationale Konferenz der Arbeiterjugend zusammen. Die Konferenz trägt den Charakter einer Sitzung des Internationalen Bureau der Arbeiterjugend. Es waren anwesend der provisorische Sekretär der Internationale Genosse Boogd aus Holland, der französische Arbeiterjugendgenosse Gaston Vallant, von der belgischen Arbeiterjugend Genosse Lindström von der schwedischen Arbeiterjugend und Christensen aus Dänemark. Vom Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands waren als Delegierte anwesend: Weimann, Korn, Abrecht aus Berlin, Wilhelm-Kiel und Weisbach-Hamburg. Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden Boogd-Holland und Abrecht-Deutschland gewählt. Die Tagesordnung, über die man sich einigte, enthält Stellungnahme zu einer Prinzipien-erklärung. Des weitern stehen Berichte des provisorischen Sekretariats der Arbeiterjugend-Internationale sowie der verschiedenen Verbände auf der Tagesordnung.

Die Konferenz hat am Mittwoch ihre Tagung beendet. Die Gründung der Arbeiterjugend-Internationale ist damit erledigt. In einer riesigen Demonstrationssammlung der Arbeiterjugend Hamburgs, die von vielen Tausenden besucht war, sprachen sämtliche ausländischen Genossen in ihrer Muttersprache zur Hamburger Arbeiterjugend. Unter anderem Befehl wurde die Mitteilung von der Neubegründung der Internationale ausgenommen. Der Sekretär der Arbeiterjugend-Internationale teilte mit, daß, nachdem der Reichsausschuß der deutschen Arbeiterjugend beschlossen habe, den nächsten Reichsjugendtag 1921 in Bielefeld abzuhalten, das Internationale Bureau beschließen habe, diesen deutschen Reichsjugendtag zum ersten internationalen Jugendtag der Arbeiterjugend zu machen. Aus allen Ländern sollen Vertretungen und größere Scharen jugendlicher Proletariat nach Bielefeld kommen. Auch diese Mitteilung wurde mit stürmischem Jubel aufgenommen.

Im Reichstaatsbericht des heutigen Morgenblattes ist der Name des bayerischen Staatsvertreters verdrückt. Er heißt Schweger (nicht Bremer).

Der Deutschnationale Beisitz. Großes Heil ist den Deutschnationalen widerfahren. Triumphiierend verkündet die „Deutsche Tageszeitung“, daß im Kreise Hegnig ein Mann namens Beisitz von der Sozialdemokratie zur Deutschnationalen Partei übergetreten sei. Man sieht: Wenn es sich um den Erwerb eines Renommier-sozialisten handelt, huldigen die Deutschnationalen sogar dem — Beisitz.

Wirtschaft

Englands Außenhandel.

Die Entwicklung des Außenhandels in England ist jetzt, wo fast jeden Tag neue Krisennachrichten kommen, von besonderem Interesse. England hatte im ganzen Jahr 1920 einen Ueberfluß an der Einfuhr über die Ausfuhr, der im Laufe des ersten Halbjahrs abnahm, im August aber wieder zunahm und im Dezember mit 33,4 Mill. Pfund Sterling die größte Höhe des zweiten Halbjahrs erreichte. Dabei ging von Juni ab auch die Einfuhr stetig zurück. Der Monat Dezember hat nächst dem Februar die schlechtesten Ausfuhrergebnisse des ganzen Jahres aufzuweisen. In dieser Entwicklung spiegeln sich die Schwierigkeiten, die das Jahresende mit der Ausbreitung der Wirtschaftskrise dem britischen Außenhandel brachte. Diese Schwierigkeiten waren es auch, die England dazu bewogen, Maßnahmen zur Finanzierung der Ausfuhr, d. h. zur Gewährung von Krediten an die Abnehmer zu ergreifen. Es ist also weder hier noch in Amerika oder in anderen Ländern der Edelmüt, der die Kreditwilligkeit verursacht hat. Sonst hätte man schon viel früher eingreifen müssen. Der wahre Grund für die Geneigtheit zu Krediten ist dort die Ueberspekulation des Kapitals, das nach dem Kriegsende einen ungeheuren Warenbedarf erwartete und dabei ganz außer acht ließ, daß der Bedarf sich niemals in Nachfrage umsetzen kann, wenn dazu nicht eine ausreichende Kaufkraft tritt. Die Valutazerüttelung der europäischen Staaten hatte aber die Kaufkraft der besiegten Länder völlig vernichtet.

Der gesamte Einfuhrüberschuß Englands im Jahre 1920 belief sich auf 378 Mill. Pfund Sterling. Diese Passivität der Handelsbilanz wird in Großbritannien aber zum besten Teil wieder ausgeglichen durch die Einnahmen an Frachttarifen, aus den Kolonien usw., so daß ein Mißschuß auf die Zahlungsbilanz aus dieser Angabe nicht zu ziehen ist.

Lebensmittelpreisschlag — in Dänemark. Auf dem dänischen Lebensmittelmarkt macht sich laut T.L. ein starker Preisschlag bemerkbar. Der Preis für Butter, der am Anfang des Jahres noch 8 Kronen betrug, ist im Einzelverkauf auf 6,25 Kronen für das Kilo gefallen. Der Preis für Trüffel, der in der vorigen Woche noch 65 Ders für das Stück betrug, ist auf 35 Ders herabgegangen. Der Preis für Rindfleisch ist im Durchschnitt von 2,50 auf 2 Kronen für das Kilo gefallen. Das Pfund Schweinefleisch hat bis vor wenigen Tagen 3 1/2 Kronen gekostet, jetzt nur 2 1/2 Kronen. Kaffee ist in den billigen Preissorten in den letzten Tagen um eine Krone für das Kilo gefallen.

Groß-Berlin

Was geht bei der „Viktoria“ vor?

Diese Frage beschäftigte eine außerordentlich stark besuchte Versammlung von Angestellten und Beschäftigten bei der Viktoria, die am Mittwoch in Minus Festhallen tagte. Das Referat hatte Koop übernommen, der im wesentlichen folgendes ausführte:

In der letzten Zeit ist eine bedeutende Unruhe bei den Beschäftigten der Viktoria eingetreten, weil die Beiträge von diesen nicht mehr in der üblichen Weise eingezogen wurden. Es ist dann bekannt geworden, daß die Einnahmer der Beiträge von der Direktion gekündigt worden sind und daß die Gesellschaft sich weigert, das ihnen durch die zuständigen Schlichtungsausschüsse zuerkannte Gehalt zu zahlen. Das Gehalt der Einnahmer betrug früher etwa 340 M. und wurde durch Schlichtungsspruch infolge der Angestelltenbewegung auf 675 M., eine gewisse doch nur beschriebene Summe, festgesetzt. Trotzdem erschien es der Direktion noch zu hoch und sie versuchte eine Verbilligung durch Vereinbarung mit den Einnahmern zu erreichen, auf die einzugehen die gewerkschaftliche Organisation derselben sich entschieden weigerte. Die Antwort war die Kündigung, welche aber von den Schlichtungsausschüssen des Reichsarbeitsministeriums und Groß-Berlins für unzulässig erklärt wurde. Auch das Gewerbegericht ist dieser Entscheidung beigetreten. Der Gesellschaft ist es aber gelungen, die Sache vor die anderen Gerichte zu bringen und so liegt sie auf Kosten der Beschäftigten gegen die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse, daß die Einstellung der Beschäftigten bzw. Entlassenen erfolgen und diesen die zuerkannte Entschädigung gezahlt werden soll. Leider hat sich eine Anzahl von Einnahmern, die größtenteils noch einen anderen Erwerbsweg haben, dazu bereit finden lassen, den organisierten Kollegen in den Rücken zu fallen, indem sie die Bestimmungen der Gesellschaft anerkennen. (Zurück!) Der größte Teil von den Einnahmern ist heute noch arbeitslos, darunter Kollegen, die über 20 Jahre Einnahmer waren. Ohne Einnahmer geht es nicht, denn die überwiegende Zahl der Beschäftigten kann die Mühe und Zeit nicht aufwenden, um die Einzahlung der Beiträge in anderer Weise zu bewerkstelligen.

Die folgende Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Von allen Rednern wurde das Verhalten der Direktion als verwerflich bezeichnet. Mehrere befürworteten eine Versicherung bei der „Volkshilfe“.

Herr Sprung warnte die Versicherten, schädlichen Einflüsterungen Gehör zu schenken, welche zur Auflösung der Versicherung raten. Das würde schädliche Folgen gerade für die kleinen Versicherten zeitigen. Schon nach acht Wochen würden bei Rückständigkeit der Beiträge alle Ansprüche verloren gehen. In die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft könne nicht gezweifelt werden.

es bestehe also für die Versicherten keine Gefahr.

Wer dennoch keine Versicherung aufnehme, würde sich selbst und auch den Angestellten einen schlechten Dienst erweisen. Für die Versicherten ist schon die vorzeitige Aufgabe nach den bestehenden Satzungen mit einem nennenswerten Verlust verbunden, andererseits würde man durch umfangreiche Auflösungen viele Kollegen drohen machen. Auch der Referent trat in seinem Schlußwort nochmals für die Aufrechterhaltung der abgeschlossenen Versicherung ein.

Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der die Versammlung entsetzt gegen die Maßnahmen der Direktion den Angestellten und Einnahmern gegenüber sowie gegen die unzulässige Projektführung zu Lasten der Versicherten protestiert, den brotlos gewordenen Einnahmern ihre vollste Sympathie ausspricht und das Verhalten derjenigen verurteilt, die den Entlassenen in den Rücken gefallen sind. Ferner wird gefordert, daß vom Reichsausschuß für Privatversicherung den bei der Viktoria eingeführten Maßnahmen Einhalt geboten werden.

Frauenkonferenz Groß-Berlin.

Die am gestrigen Tage in der Schützenhalle, 32,34 tagende Frauenkonferenz beschäftigte sich eingehend mit den zur Landtagswahl erforderlichen Kandidaturen. Die Versammlung war mit dem besten Arbeitsgeist besetzt, äußerte aber starken Unwillen über die Behandlung der Frauenkandidaturen. Sie nahm zu dieser Frage nachfolgende Resolution an:

Die heutige Frauenkonferenz spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß Bezirksvorstand und Bezirksrat die Kandidatur der Genossin Hanna auf der Liste des Bezirks Berlin um zwei Plätze heruntergerückt haben.

Sie richtet an den Bezirksvorstand den dringlichen Antrag, dafür zu sorgen, daß Genossin Hanna den ersten Platz auf der Landesliste erhält und außerdem noch mindestens eine zweite Genossin an sicherer Stelle auf der Landesliste aufgestellt wird.

Die Resolution wurde von der sehr stark besuchten Konferenz, unter der sich auch einige Genossinnen befanden, einstimmig angenommen.

Die Eindroherkönige vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht III begann heute eine mehrtägige Verhandlung gegen die Gebrüder Emil und Erich Strauß, die des Mordes und des schweren Diebstahls in zahlreichen Fällen beschuldigt werden. Ferner sind angeklagt die Arbeiterin Anna Behrend, der Händler Kurt Hermann, der Kellner Alfred Enders und die Schneiderin Luise Lehmann, denen Beihilfe zur Last gelegt wird.

In der Vormittagssitzung schilderte Emil Strauß seine Verbrechensaufbahn. Er zeigte mit einem gewissen Geschick, wie ihn die sozialen Verhältnisse in seiner früheren Kindheit bereits auf die Bahnen des Verbrechens gedrängt hätten. Nach ihm wurde sein Bruder Erich Strauß vernommen. Er beschrieb ausführlich den Ausbruch aus dem Zuchthaus in Naugard und erzählt: Ich lernte nach meiner Flucht zufällig in Berlin einen ehemaligen Inhaftierten der Naugarder Strafanstalt kennen. Von diesem erfuhr ich, daß mein Bruder infolge von Unterernährung im Zuchthaus im Begriff sei, zugrunde zu gehen. Ich erfuhr auch, in welcher Zelle und in welchem Gebäude er untergebracht war. Da ich meinen Bruder von Herzen liebe und da er viel zu hoch verurteilt worden ist, so beschloß ich, ihn zu befreien. Wir hatten ja damals weiter nichts getan, als einige millionenschwere Kapitalisten von einem Teil ihres weniger schuld war als ich, erhielt 2 Jahre Zuchthaus. Wenn ich mit derselben Härte bestraft worden wäre, so hätte ich mindestens 120 Jahre bekommen müssen. Gewissensbedenken beschwerten mich also nicht.

Hakenkreuzler-Sammlung für den Kommunisten.

Die vereinigten Kommunisten liegen bekanntlich in bestiger Feindschaft mit ihren Freunden von ganz links, den K.A.P. Beide Gruppen unterscheiden sich gleichwohl nicht viel. Nur im revolutionären Phrasenschwall suchten sie sich gegenseitig den Rang abzulaufen.

Was es mit diesen revolutionären Phrasen auf sich hat, erhellt aus einem Vorgang in einer Hakenkreuzler-Versammlung, über den wir durch die „Rote Fahne“ das Folgende erfahren:

K.A.P.D.-Worte und -Taten. Unsere Freunde von der K.A.P.D. lassen es sich angelegen sein, uns in jeder Arbeitslosenversammlung klar zu machen, daß nur die politischen Arbeitslosenräte des Arbeitsmittels seien und daß unser Vorgehen in dieser Frage nicht revolutionär sei. Vor allem dürfen wir nicht kämpfen für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Wirtschaftsbekämpfung u. dgl. Trotzdem steht aber fest, daß sie, wenn Beihilfen gezahlt werden, dieselben bis jetzt noch nicht abgeholt haben. Sie sollten doch endlich einsehen, daß auch die Arbeits-

losen bald merken werden, daß mit dem Schreien nach politischen Arbeitslosenräten ihnen nicht geholfen wird. Hinzukommt noch, daß die großen Schreier nicht zu ihren Worten stehen, wie die nachfolgenden uns zugegangenen Mitteilungen zeigen: In einer deutschpöblischen Versammlung am Montag, den 17. Januar in der Bochbrauerlei, sprach in der Diskussion der K.A.P.-Mann Hoch, einer der lautesten Schreier in den Arbeitslosenversammlungen, gegen die Latit der K.A.P.D. In dieser erwähnten Versammlung erklärte er unter Beifall der Hakenkreuzler, er sei aus Not Kommunist geworden, er sei aber trotzdem Deutscher, und wenn Deutschland ruhe, sei er auch da; er habe sich ja auch im Kriege freiwillig gemeldet. Die Deutschpöbler drückten ihre Freude aus, daß es auch unter den Kommunisten noch „anständigen Menschen“ gebe. Es wurde schließlich eine Sammlung veranstaltet, die von Hoch anstandslos eingestrichelt wurde. Was sagt die K.A.P. dazu?

Sollen wir dieser Charakteristik eines wachenden Moskauer noch etwas hinzufügen? Reint! Denn es könnte die Wirkung nur abschwächen.

Mit dem Verlierertrieb

wurde gestern ein durchreisender Galizier schwer bedrängt. Der Mann wollte nach Frankreich. Um sich einen Paß zu verschaffen, begab er sich in seiner Landbestacht auf das französische Konsulat Unter den Linden. Als er das Gebäude wieder verließ, gingen vor ihm her zwei Männer, die ihn offenbar beobachtet hatten. Plötzlich ließ einer von ihnen ein Paket fallen. Beide gingen weiter, als ob sie nichts gemerkt hätten. Besorrt nach der Galizier an das Paket herangekommen war, kam ein dritter Mann von hinten an ihn vorbeizuströmen und hob es auf. Mit bezeichnendem Augenwinkeln zog er den Galizier in den nächsten Hausflur und schlug ihm vor, mit ihm „Kippe zu machen“. Der Galizier kam gar nicht erst dazu, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Denn kaum hatte er mit dem „Hinter“ den Hausflur betreten, da kamen auch schon die beiden „Verlierer“ zurück und beschuldigten ihn, das Paket aufgehoben zu haben, um es zu unterschlagen. Der Angeklagte beteuerte seine Unschuld, aber die beiden bestanden darauf, ihn untersuchen zu müssen, ob er nicht etwa den Fund, den der dritte Mann verborgen hielt, in seinen Taschen irgendwie versteckt habe. Diese Untersuchung fiel natürlich zu seinen Gunsten aus. Die „Verlierer“ boten um Entschuldigung, ließen ihn gehen und gingen selbst auch eiligst davon. Ebenso der dritte Mann. Erst als er nun allein bestand, merkte der Galizier, daß ihm die „Verlierer“ bei der körperlichen Untersuchung seine Brieftasche mit allem Geld, deutschem und ausländischem, daß er besessen habe, weggenommen hatten. Die Gauner waren bereits spurlos verschwunden.

Der Frostwarnungsdienst wieder eingeführt.

Der öffentliche Wetterdienst hat im laufenden Winter zum ersten Male seit dem Ausbruch des Aricags wieder einen Frostwarnungsdienst eingerichtet. Er setzt seine Bezirker von bevorstehendem Frost und auch von bevorstehendem Tauwetter möglichst rechtzeitig in Kenntnis. Die Erfahrungen, die die früheren Bezirker mit dem Frostwarnungsdienst gemacht haben, müssen gut gewesen sein, denn die „alten Kunden“ der Vorkriegszeit haben ihn, wie der Wetterdienst für Landwirtschaft, Gärten und Forsten mittelst, fast ausnahmslos wieder bestellt. Der Frostwarnungsdienst ist besonders wichtig für den Lebensmittelverband; denn er bietet die Möglichkeit, arößere Lebensmittelvorräte, die bei eintretendem Frost nicht unterworfen sein dürfen, noch rechtzeitig zurückzuhalten. Ueber die Bezugsbedingungen erteilen die bekannten Wetterdienststellen nähere Auskunft.

St. Bürokratin.

für den Deutschland seit jeher die Heimat gewesen, scheint sich in der deutschen Republik besonders wohl zu fühlen. Namentlich in den geeigneten Gesilden des Steuerwesens hält er gegenwärtig wache Dorgien. So schreibt uns ein Mitarbeiter: Ich gehöre zu den begnadeten Sterblichen, die — wenn es auch nur gering ist — mit der Abgabe des Rotopfers gezeichnet sind. Da ich nun kein Trübsalbringer bin, wollte ich meiner Steuerpflicht so rasch als möglich nachkommen. Die Bank, bei der ich meine Gelder deponiert habe, wies mich an die Gerandlung auf dem Glendarmenmarkt. Ich machte mich für den Vormittag beruflich frei, ging hin und erfuhr dort, daß ich mich an das Finanzamt meines Bezirkes zu wenden habe. Ich machte mich einen zweiten Vormittag beruflich frei, um auf dem Finanzamt zu erfahren, daß ich mein Anliegen bei der Zollkassette des Bezirkes anbringen sollte. Ein dritter freigelegter Vormittag folgte; ich suchte das Postamt auf. Hier erfuhr ich, daß man wohl Kriegsanleihe für das Reichsnotepapier in Zahlung nehme, aber kein bares Geld. Man schickte mich an die Steuerbehörde meines Wohnortes. Wiederum bat ich um einen Vormittagsurlaub. Aber auch die örtliche Steuerbehörde war nicht bereit, mir mein Geld abzunehmen. Man verwies mich nach der Lindenstraße. Als ich dort am fünften dienstfrei gemachten Vormittag vorprach, war die Kasse gerade geschlossen. Meine Steuer habe ich heute noch immer nicht bezahlt, aber fünf halbe Arbeitstage eingeholt und 8 M. verfahren!

Ein anderer Leser schreibt uns zu dem gleichen Thema: Ich habe auf Berliner Vorortbahnen zwei kleine Hypotheken. Bisher zahlte ich als Hypothekengläubiger für die Schuldner die Kapitalrentensteuer (einmal 2,95 M., einmal 4 M. vierteljährlich). Diese Beiträge werden mir jetzt von der Steuerkasse nicht mehr abgenommen, denn das Gesetz will, daß „der Schuldner die Steuer zahle und die Quittung dem Gläubiger einlende“. Das Verfahren ist also ein doppeltes: Der Schuldner muß erst zur Kasse gehen, dort eine Weile anstehen, bis er seine paar Pfennige los wird und mir dann die Quittung (natürlich durch Einschreibebrief = 90 Pf.) einleudet, wobei er wieder einmal vor dem Schalter eine ganze Weile warten muß.

Wie sieht es wirklich nicht mit der Zeit und dem Geld der Staatsbürger (Parlament) umgehen? Wie sieht nicht bei jeder Steuerkasse eine Stelle einrichten, bei der man jede Steuer zahlen könnte? Diese örtliche Stelle könnte doch gegen Interimskontingente die Beiträge an die Finanzämter weitergeben! Und die kleinen Steuern (wie Kapitalrentensteuer) ließen sich doch recht leicht beim öffentlichen Stempelverleiher nach Art der Mietskontraktsteuer in Form von Marken entrichten! Durch derartige Vereinfachung wäre nicht nur dem Steuerzahler, sondern auch dem immer unübersichtlicher sich auswachsenden Steuerapparat gedient.

Gefährdung der Reichsdruckerei. Bezugnehmend auf die in der Nummer vom Sonntag, den 16. Januar, zum Abdruck gebrachte Zuschrift des Reichsrats der Reichsdruckerei erhalten wir von der Firma Julius Strauß eine Entgegnung, worin sie betont, daß in diesem Hause keine „Jelluloidfabrik“ ist, sondern eine Engras-Werkstatt in Kurzworten, nämlich: Knöpfe, Bijouterie, Haarzinn, Kämmen, welches sich schon seit 3 Jahren, lange ehe die Reichsdruckerei das Haus kaufte, darin befindet.

Sozialdemokratische Kirchenkandidaten gestrichen. Auf das kirchliche Wahlgesetz gestützt, hat der alte Kirchenrat in Wilhelmshagen unter wilschlichem Gebrauch seiner Rechte eine Anzahl sozialdemokratischer Kirchenkandidaten von der Wahlliste gestrichen. Von unseren Genossen wird, da das Wort „Wahl“ unter solchen Umständen jegliche Bedeutung verliert, aufgefordert, daß jeder wahrhafte Freund einer Volkskirche sich der Kirchenwahl am 23. Januar vollkommen enthält.

Die Volkshilfe für die vertriebenen Auslandsdeutschen, die mit Ende des Jahres ihre Hausverhältnisse eingeleitet hat, bietet die Hausbesitzer und -verwalter die noch nicht abgehaltenen Sammelstellen freundlich dem Bureau des Reichsausschusses Groß-Berlin, 23. 62, Reichstr. 43, einzulösen.

